

Einführung in das Schwerpunktthema

Wandel am Limit?

Von David Hofmann und Thomas Korbun

Stößt die Transformationsfähigkeit unserer Gesellschaft an ihre Grenzen?

Nicht nur der sozial-ökologische Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft, sondern unsere freiheitliche, offene, plurale Gesellschaft selbst steht womöglich an einem Scheideweg. Die ungelöste Klima- und Biodiversitätskrise ist eine existenzielle globale Bedrohung. Ihre Bekämpfung duldet keinen Aufschub. Wie können unter diesen Vorzeichen tiefgreifende sozial-ökologische Transformationsprozesse in Gang gesetzt und weitergetrieben werden? Welche neuen Strategien sind nötig, um dem sozial-ökologischen Wandel die nötigen Impulse zu verleihen? Wie lassen sich die Bewahrung und Weiterentwicklung des demokratischen Gemeinwesens und die Förderung sozial-ökologischer Transformationen stärker zusammendenken?

Um uns Antworten auf diese Fragen zu nähern, haben wir für diesen Schwerpunkt Expert*innen aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und der gesellschaftlichen Praxis eingeladen, ihre Reflexionen zu den aktuellen Herausforderungen zur Diskussion zu stellen. Wir sehen diesen Schwerpunkt als einen Debattenbeitrag, der die weitere Diskussion anregen soll.

Wie der Wandel gelingen kann

Florian Kern, Sabine Hielscher und Helen Sharp sehen die gegenwärtigen politischen Spannungen, Widerstände und Rückschläge als Zeichen, dass Transitionsprozesse in zentralen gesellschaftlichen Handlungsfeldern wie Energie, Mobilität oder Ernährung eine wichtige Phase erreicht haben. Denn sozial-ökologische Transitionsprozesse seien politisch und die zentrale Frage sei, wie Politik und Gesellschaft mit diesen Spannungen umgehen. Ansätze hierfür liegen in einer stärkeren Ausrichtung der Transition auf soziale Ziele, Gerechtigkeit und die Gewährleistung von breiter gesellschaftlicher Beteiligung und Dialog sowie gesellschaftlicher Experimente, um alternative Entwicklungsrichtungen auszuloten. Ebenso ist es nach Ansicht der Autor*innen nötig, neue politische Allianzen von verschiedenen Akteursgruppen anzustoßen und die Zivil-

gesellschaft stärker als Ort der gesellschaftlichen Aushandlung pluraler Interessen zu nutzen. Darüber hinaus gelte es gleichzeitig Druck auf nicht nachhaltige Praktiken durch entsprechende politische Rahmenbedingungen auszuüben.

In ihrem Artikel bieten **Dennis Eversberg** und **Matthias Schmelzer** eine soziologische Erklärung für die wachsenden gesellschaftlichen Widerstände sowie die sich innerhalb weniger Jahre dramatisch verschobenen gesellschaftlichen Prioritäten an. Während viele Expert*innen glauben, dass der zentrale Grund für die Gegenbewegung gegen eine ambitionierte Klimapolitik darin besteht, dass die Fürsprecher*innen aus ihrem eigenen bürgerlich-akademischen Erfahrungshintergrund heraus „die soziale Frage“ vergessen hätten, weiten Eversberg und Schmelzer die Perspektive auf. Mit Blick auf verschiedene Mentalitäten in der Gesellschaft sehen sie als zentrale Herausforderungen einen „neuen Verteidigungskonsens“ verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und die zunehmende Radikalisierung einer veränderungsaversen Mitte. Um diesen zu begegnen, schlagen sie mehr Transparenz und Ehrlichkeit in der Klimadebatte, etwa bezüglich der notwendigen Anpassungsleistungen der wohlhabenderen Teile der Bevölkerung vor. Wesentlich sei zudem die Klimapolitik als soziale Infrastrukturpolitik auszugestalten und die bestehenden Eigentumsverhältnisse als Teil des Problems der Nicht-nachhaltigkeit gesellschaftlicher Strukturen infrage zu stellen.

Ausgangspunkt des Beitrags von **Steffen Lange** und **Felix Schaffer** sind die ökonomischen Ursachen für die gesellschaftlichen Spannungen und Widerstände sowie die elementare Herausforderung, die das Erstarken rechtspopulistischer Parteien darstellt. Die Autoren sehen in einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik, wie sie die Ökonomin Isabella Weber vorschlägt, eine adäquate wirtschaftspolitische Reaktion auf die Krise, die der Anstieg der Lebenshaltungskosten für viele Teile der Gesellschaft bedeute. Diesen Ansatz gelte es mit den Vorschlägen der „Berlin Summit Declaration“ zu verknüpfen, die unter anderem eine Überwindung der Austeritätspolitik, den Abbau von Ungleichheiten sowie eine proaktive grüne Industriepolitik beinhalten. Darüber hinaus müssten diese wirtschaftspolitischen Reformansätze, so Lange und Schaffer, mit weiteren konsequenten umweltpolitischen Maßnahmen wie einer bedarfsgerechteren Verteilung von Wohnraum verbunden werden.

Angesichts der Widerstände gegen die Mobilitäts- und Wärme wende in vielen Städten und den politik- und verwaltungsseitigen Umsetzungsproblemen zeigt sich, dass der Erfolg von Transformationen vor Ort zunehmend zum kritischen Erfolgsfaktor für das Gelingen sozial-ökologischer Transformationen insgesamt wird. **Uwe Schneidewind** postuliert in seinem Beitrag, die eigentlichen Herausforderungen kommunaler Transformation seien immer weniger technologischer und ökonomischer Natur. Sie lägen vielmehr auf institutioneller und kultureller Ebene. Um diese Herausforderungen zu überwinden,



Diskutieren Sie mit uns weiter auf der Jubiläumstagung von IÖW und VÖW am 2. Juli in Berlin.

<https://www.ioew.de/40-jahre>

brauche es massive Veränderungen in der politischen und in der Verwaltungskultur sowie umfassende Experimentierräume.

Trotz des im März 2025 beschlossenen Sondervermögens für Infrastruktur und zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 liegt in der Finanzierungsfrage nach wie vor eine der zentralen Hürden für den Erfolg sozial-ökologischer Transformationen. Angesichts des Ausmaßes der „Finanzierungslücke“ und der Pfadabhängigkeit, die die ökonomische Attraktivität umweltschädlicher Aktivitäten bedeutet, gilt es den Blick über die Möglichkeiten staatlicher Investitionspolitik hinaus zu weiten. **Joscha Wullweber, Nicolas Aguila, Janina Urban, Paula Haufe, Simon Schairer, Riccardo Baioni, Florian Kern** und **Sophie Progscha** fordern daher, das Risiko-Rendite-Profil der Finanzmarktakteure durch finanz- und geldpolitische Maßnahmen so zu verändern, dass grüne Unternehmen und Projekte bankfähiger werden und hochgradig bankfähige klimaschädliche Investitionen eingeschränkt werden. Darüber hinaus sei es unerlässlich, die Finanz- und Geldpolitik durch eine Steuer-, Sektor-, Innovations- und Industriepolitik zu ergänzen, die hinreichend starke transformative Impulse in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft setzt.

AUTOREN + KONTAKT

David Hofmann ist Referent für Institutskoordination und Strategie am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).



Thomas Korbin ist Wissenschaftlicher Geschäftsführer des IÖW und Mitglied des Vorstands der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW).



Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW),
Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin. Tel.: +49 30 8845940
E-Mail: David.Hofmann@ioew.de